Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 40 (2021)

Heft: 77

Artikel: Vieles bleibt zu klären : Überlegungen zu MMT und feministischer Ökonomie

Autor: Madörin, Mascha

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1055531

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mascha Madörin

Vieles bleibt zu klären

Überlegungen zu MMT und feministischer Ökonomie

Vor mehr als vier Jahren befassten wir uns in der Arbeitsgruppe feministische Makroökonomie[1] mit der Modern Monetary Theory (MMT) und anderen Geldtheorien. Wie Knittler 2017 in ihrem Artikel (siehe gekürzte Version in diesem Heft) beschrieb, sahen wir die Ansätze von MMT und das Buch von Mary Mellor (2016) als Fensteröffner für das weitere Nachdenken über die zukünftige Finanzierung der Care Arbeit. Wir sahen auch die engen Grenzen von MMT in Sachen Finanzierung der Care Arbeit am Beispiel des argentinischen Projekts «jefes y jefas de hogar» (siehe Beitrag Knittler in diesem Heft).

Wie die beiden im Jahr 2020 neu erschienen Bücher von Kelton und Tcherneva zeigen, hat sich inzwischen die Sicht darauf, welche ökonomischen Möglichkeiten für Staatsausgaben bestehen und was finanziert werden könnte, ausgeweitet. Zwei Buchtitel illustrieren deutlich die Verschiebung der wirtschaftspolitischen Anliegen von MMT-Theoretiker*innen während der letzten zwanzig Jahre: Der Titel eines der ersten Bücher des MMT-Theoretikers L. Randall Wray lautete im Jahr 1998 *Understanding Modern Money. The Key to Full Employment and Price Stability*. Der neueste Buchtitel von Kelton (2020) enthält den Untertitel *Modern Monetary Theory and the Birth of the People's Economy*. Der Anspruch, welche wirtschaftspolitischen Möglichkeiten MMT eröffnen kann, hat sich also verändert und bietet etliche Anhaltspunkte für die feministische Ökonomie – insbesondere was Überlegungen zur Finanzierung der Sorge- und Versorgungswirtschaft anbelangt (siehe Beitrag der Lesegruppe von Economiefeministe in diesem Heft).

Es ist gibt also gute Gründe für eine feministische Ökonomie, der Anwendbarkeit von MMT weiter nachzugehen. Dabei bleiben etliche Fragen zu klären, von denen hier einige kurz beschrieben werden.

Eine gesellschaftspolitische Grundsatzfrage

Mary Mellor stellt fest, dass viele Zukunftsdiskussionen in gewissen linken und alternativen Szenen in Richtung Ausbau einer geldlosen Ökonomie gehen (Mellor 2016, 56f.), das heisst unter anderem in Richtung einer Ausdehnung der unbezahlten Arbeit, was gleichzeitig als anti- respektive nicht kapitalistisch verstanden wird. Man könnte sich jedoch, so Mellor, auch eine Geldsteuerung der Wirtschaft vorstellen, in der Geld für öffentliche und soziale Angelegenheiten eingesetzt und nicht von Marktmechanismen dominiert wird (siehe auch Beitrag Knittler in diesem Heft). Letztlich geht es darum, die Hegemonie des Marktes und Kreditgeldes im Zahlungssystem zu brechen, nicht zuletzt also auch um die Demokratisierung des Geldsystems. MMT bietet, wie Kelton (2020, 3) betont, eine Theorie der ökonomischen Möglichkeiten von Staatsausgaben.

Wie müsste MMT modifiziert werden, wenn sie auf die Schweiz angewendet wird?

Eine der Stärken von MMT ist, dass ihre Theoretiker*innen akribisch die Mechanismen und Geschichte der Geldschöpfung durch den Staat respektive durch die Federal Reserve Bank in den USA untersucht haben, auch deren institutionelle Geschichte und Verbuchungssysteme. Das fehlt weitgehend für die Schweiz und vor allem auch als Analyse aus MMT-Sicht. Dabei geht es aus einer feministischen Perspektive nicht nur um die historisch gewachsenen und gegenwärtigen Beziehungen zwischen Bund und Nationalbank inklusive den damit verbundenen Gesetzen und Regulierungen und den Auswirkungen auf das ganze Zahlungssystem. Es stellt sich auch die Frage, von welchen staatlichen Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinden) die wichtigen Ausgaben der Care Ökonomie getätigt werden. Zudem müssten in der stark globalisierten Schweiz die Auslandsbeziehungen auf jeden Fall mitberücksichtigt werden.

Woher kommt die hartnäckige Ablehnung von MMT bis weit in die Linke?

Kelton (2020, 76f.) kritisiert das schier endlose politische Geplänkel zwischen links und rechts in Sachen Staatsdefizit. Die Positionen «Steuern rauf und mehr Sozialstaatsausgaben» versus «Steuern runter und weniger Sozialstaat» würden seit Jahrzehnten in einer Sackgassendiskussion enden. Die Positionen seien geprägt von der beidseitig festen Überzeugung, dass ein

Staatsdefizit vermieden werden solle, zumindest auf Dauer, um eine «Überschuldung» des Staates zu vermeiden. Entsprechende Gesetze wurden sowohl im US-Kongress als auch von der Bundesversammlung in der Schweiz beschlossen. Warum hält sich dieser Mythos so hartnäckig? Warum eigentlich ist eine grosse Mehrheit der Parlamentarier*innen so sehr gegen die Möglichkeit, für soziale Anliegen (oder für die Frauen!) zusätzlich Geld auszugeben, ohne deswegen die Steuern erhöhen zu müssen? Solche Zusatzausgaben würden nicht einmal die Profite schmälern, ganz im Gegenteil, so lautet die frohe Botschaft von MMT. Es ist somit nicht klar, welche und wessen Interessen davon geschädigt würden. Handelt es sich beim Festhalten an der «Schwarzen Null» um eine wirtschaftstheoretische Borniertheit, um Klassenkampf von oben und Verachtung von Armen, um neoliberale Machtpolitik, die einen möglichst einflusslosen Staat will, und/oder hat es etwas mit Geschlechterverhältnissen und Verknappung von Geld für Frauen zu tun?

Würde eine Jobgarantie für Care Arbeit zu einem doppelten Arbeitsmarkt führen?

Die Jobgarantie – ein zentrales Konzept von MMT – sieht vor, dass der Staat für alle Arbeitslosen und geringfügig Beschäftigten Jobs zu einem soliden Minimallohn mit entsprechenden Sozialversicherungen garantiert und sie zentral finanziert. Die Initiative zur Schaffung solcher Jobs sollte hingegen von «unten», von Gemeinden, sozialen Bewegungen, einzelnen Institutionen et cetera initiiert, also dezentral organisiert werden. Es sollte von «unten» definiert werden, was gesellschaftlich nützlich ist. Das ist eine interessante Idee in Bezug auf eine Demokratisierung der Wirtschaft. Eine Jobgarantie könnte, wie Tcherneva (2020) darstellt, vor allem Jobs für Care Arbeit betreffen, weil diese Arbeit wichtig ist für nachhaltiges und soziales Wirtschaften. Sie spricht von der Notwendigkeit eines «National Care Act», in der die Finanzierung von Care für die Umwelt, Care für die Menschen und Care für die «Community» gesetzlich verankert werden (ebd., 92f.). In der Lesegruppe zu MMT wurde dazu die folgende Frage aufgeworfen: Wie werden aus staatlich garantierten Mindestlohnjobs reguläre Jobs im ersten Arbeitsmarkt, wenn es sich um zeitlich unbefristete Arbeiten handelt, wie es bei der Care Arbeit der Fall sein dürfte? Droht ein doppelter Arbeitsmarkt? Tcherneva betont, dass Jobgarantie-Projekte meist kleinere Projekte betreffen und dass es daneben vom Staat direkt organisierte landesweite Infrastrukturprojekte braucht (ebd, 98f.). Mögliche Antworten auf diese Fragen bleiben

unklar und müssten wohl in einem «National Care Act» genauer festgelegt werden. Ein solches Projekt könnte aber auch in der Schweiz Teil einer weiterführenden Debatte über feministische Wirtschaftspolitik sein.

Von welchen Grössenordnungen der staatlichen Ausgaben reden wir eigentlich?

Tcherneva stellt in ihrem Buch (2020, 76f.) ein simuliertes Programm der Jobgarantie für die USA von 2018 vor. Allen Erwerbs-Arbeitslosen und geringfügig Beschäftigten soll im Jahr 2018 ein Job mit einem Stundenlohn von fünfzehn Dollar und regulären Sozialversicherungen angeboten werden. Die Simulation kommt zum Ergebnis, dass die Mehrausgaben des Staates mit netto rund 1,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) wenig ausmachen würden. Nach meinen Berechnungen wäre eine Zusatzfinanzierung in dieser Höhe in der Schweiz nur schon dafür notwendig, dass eine gute Pflege und Versorgung von Langzeitkranken endlich gewährleistet werden könnte. Es bräuchte noch viel mehr zusätzliche Staatsausgaben, um die grossen Finanzierungs-, respektive Versicherungslücken hierzulande zu füllen und Care Arbeiten zusätzlich (wie z. B. Lohnerhöhungen für das Pflegepersonal) oder überhaupt zu finanzieren.

Von bedeutend höheren Staatsausgaben müss(t)en wir reden, wenn wir einen Lohn für Hausarbeit als Zukunftsprojekt ins Auge fassen. Allein der monetäre Wert der unbezahlten Arbeit für die Betreuung von Kindern und Pflege von Kranken zu Hause betrug 2016, inklusive der damit verbundenen Hausarbeit, geschätzte 120 Milliarden Franken,[2] lag also 2016 bei über siebzehn Prozent des BIP. In noch höheren Höhen würden sich die staatlichen Zusatzausgaben für ein Grundeinkommen bewegen müssen: Die Berechnungen des Bundes zur Grundeinkommensinitiative zeigten für das Jahr 2012, dass es, bei einem Grundeinkommen für Erwachsene von 2500 Franken und für Kinder und Jugendliche von 625 Franken, für die Finanzierung insgesamt einen Zusatzaufwand in der Höhe von 153 Milliarden brauchen würde (Erläuterungen des Bundesrates, 2016, 14f.). Dies entspricht mit 23,5 Prozent beinahe einem Viertel des BIP von 2012. Die Grössenordnungen, die bei der Forderung nach einem Grundeinkommen und nach einem Lohn für Hausarbeit zur Debatte stehen (und in diesen höchst selten genannt werden), spielen also in einer ganz anderen Liga als das, was heute in Bezug auf die Staatsfinanzierung und ihre Auswirkungen auf Produktion, Dienstleistungen und Konsum gemeinhin diskutiert wird. Es gibt in den USA eine historische Erfahrung mit einer Jahre dauernden, enormen Expansion von

staatlichen Mehrausgaben: die Finanzierung von Krieg und Aufrüstung während des Zweiten Weltkriegs. Wenn es um die Bezahlbarkeit eines Green New Deal geht, verweist die US-Kongressabgeordnete Alexandria Octavio-Cortez nicht nur auf MMT, sondern auch auf diese Erfahrung.

Anmerkungen

1 Siehe Anmerkung eins im Beitrag von Knittler in diesem Heft.

2 Das Bundesamt für Statistik (Tab. T 03.06.03.02, Stand 20.5.2021) weist für diese Care Arbeit im eigenen Haushalt und in anderen Haushalten (z. B. Grosseltern hüten Kinder) einen monetären Wert von 93,1 Milliarden Franken (2016) aus. Als eigene Schätzung kommt der monetäre Wert der zusätzlichen Hausarbeit hinzu, die entsteht, wenn Kinder oder Kranke im eigenen Haushalt leben.

Literatur

Erläuterung des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 5.6.2016. www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20160605/fur-ein-bedingungsloses-Grundeinkommen.html

Kelton, Stephanie, 2020: The Deficit Myth. Modern Monetary Theory and the Birth of the People's Economy. New York

Knittler, Käthe, 2017: Überlegungen zu einer feministischen Geldtheorie. Wer hat das Geld – wer hat die Arbeit? In: Kurswechsel 1, 6-28. www.beigewum.at/wp-content/uploads/KW_Kern_1_2017_Knittler.pdf

Mellor, Mary, 2016: Debt or democracy. Public money for sustainability and social justice. London/New York

Tcherneva, Pavlina R., 2020: The Case for a Job Guarantee. Cambridge UK / Medford USA

pS

Die linke Zürcher Zeitung – mit Kultur.

Ersetzt nicht die eigene Meinung. Aber verhilft zu ihr.

pszeitung.ch/abo

Das Probeabo ist fünf Wochen lang kostenlos.